

Zeit für die praktische Vernunft des Mittelstandes

Eckpunkte einer
zukunftssträchtigen Wirtschaftspolitik

Zeit für die praktische Vernunft des Mittelstandes

Eckpunkte einer
zukunftssträchtigen Wirtschaftspolitik

Eckpunkte einer zukunftssträchtigen Wirtschaftspolitik

MEHR AUS WENIGER _____	9
POWERPLAY _____	13
KONKURRENZ BELEBT DAS GEMEINWOHL _____	17
ETWAS IN DIE WELT SCHAFFEN _____	19
VIEL GEWINNT! _____	21
INFLATION IM GRIFF HABEN _____	23
KAMPF GEGEN ARBEITERLOSIGKEIT _____	25
EIGENVERANTWORTUNG FIRST _____	29
MEHR VERMÖGEN STATT VERMÖGENSTEUER ____	33
BODENHAFTUNG BEWAHREN _____	35
DER STAAT ALS DIGITALER VORREITER _____	39
DER AMTSWEG IST NICHT DAS ZIEL _____	41
AM MARKT BLEIBEN _____	43
WIR WOLLEN! LASST UNS! _____	45
WIR EIGENTÜMERUNTERNEHMER _____	47

Eckpunkte einer zukunftssträchtigen Wirtschaftspolitik

Mittelständler sind selten pathetisch. Sie machen lieber einfach ohne große Worte. Und doch stehen da große Werte dahinter. Die werden nur selten hervorgekehrt, weil sie den Handelnden schlicht selbstverständlich sind: individuelle Freiheit und staatsbürgerliche Eigenverantwortung, fairer Wettbewerb und solidarisches Einstehen füreinander. Wer in einer Marktwirtschaft vernünftig handelt, hält sich an diese Werte und an den Rechtsstaat, der sie garantiert. Weil das Gemeinwohl erzeugt und Unternehmen von einer prosperierenden Gesellschaft wiederum profitieren.

Die Moral des langfristig erfolgreich Miteinander-Wirtschaften-Wollens ist simpel: Man verhilft anderen zu Nutzen, weil einem das selbst

Nutzen verschafft. In dieser Kaskade von Geben und Nehmen aller Wirtschaftenden, wechselseitig als Nachfrager und Anbieter, ist auch Nachhaltigkeit keine Frage, sondern ein logischer kategorischer Imperativ.

Zur Moral des Mittelständlers gehört die Akzeptanz des demokratischen Staates als Regelgeber, Richter und im Rahmen der freiheitlichen Grundordnung auch als ausführende öffentliche Gewalt bis in den Bereich des individuellen Eigentums hinein. Dabei gilt es stets das Prinzip der Subsidiarität zu wahren, weil nur verantwortungsbewusste Glieder des Gemeinwesens fähige Träger von Nachhaltigkeit und Fortschritt sein können. Alles was der Mittelstand selbst meistern kann, bedarf keiner staatlichen Regelung. Befähigung geht vor Verordnung.

Die Versuchungen von Betrug, übereifrigen Rechtsabteilungen und globalen Machtgefällen

werden deswegen freilich nicht vollends verhindert. Aber selbst trotz dieser unvermeidbaren menschlichen Fehlbarkeiten wurde in den marktwirtschaftlichen Demokratien nach den Weltkriegern einzigartiger Wohlstand und Lebensqualität für alle geschaffen. Deswegen nennen wir das zurecht die Soziale Marktwirtschaft.

Die praktische Vernunft des Mittelstandes in der Sozialen Marktwirtschaft setzt auf Leistung, Fortschritt, Verantwortung und Haftung. Eigentümerunternehmer sind überzeugt, dass sich mit solchen Tugenden auch alle anstehenden Herausforderungen unserer Gesellschaft meistern lassen – Klima- und Umweltschutz, Sicherheit, demografischer Wandel, fairer Welthandel und globale Armutsbekämpfung.

Eine mittelstandsfreundliche und damit zukunftsträchtige Wirtschaftspolitik ist Politik, die Märkte ermöglicht. Dazu müssen grundlegende

Prinzipien und Werte gewahrt werden. Im politischen Prozess sollten daher die im Folgenden dargestellten Eckpunkte stets bewusst bleiben und Gültigkeit behalten.

Hannover, München, Wasserburg am Inn 2022

Prof. Dr. Volker Römermann, CSP & Gerd Maas

MEHR AUS WENIGER

Wirtschaft ist nicht unabhängig von ihrer Umwelt. Kein vernünftiger marktwirtschaftlicher Denker hat das je außer Acht gelassen. Negative externe Effekte der unternehmerischen Tätigkeit – wie umwelt- und klimaschädliche Emissionen, Einflüsse auf die Biodiversität oder der Verbrauch endlicher Ressourcen – müssen in das betriebswirtschaftliche Kalkül internalisiert werden. Das ist eine Selbstverständlichkeit der Sozialen Marktwirtschaft. Aus dem marktwirtschaftlichen Wettbewerb der Ideen entsteht über die Internalisierung nachhaltiger Fortschritt. Bei entsprechendem öffentlichem Bewusstsein schafft Marktwirtschaft Wachstum mit sinkendem Ressourcenverbrauch. Der schnellste Weg zur Klimaneutralität und Res-

sourcen- wie Energieeffizienz geht über Wettbewerb. Entsprechende Märkte schafft der Staat, indem er Ziele vorgibt und nicht Lösungswege.

Wachstum ist der Saldo des jährlichen Mehrwerts und Wertverlusts einer Volkswirtschaft. Ohne wirtschaftliches Wachstum entsteht kein Fortschritt. Das Handeln des Staates muss auf die Erhöhung der Wirtschaftskraft gerichtet sein, um den politischen und sozialen Frieden zu erhalten. Schlagwörter wie Postwachstum und Konsumverzicht sind für manche vielleicht wohlklingend, tatsächlich aber gemeingefährlich.

Aufgrund eines begrenzten Horizontes für die Konsequenzen ist die Definition der Externalitäten keine individuelle Verantwortung, sondern eine originär demokratische Aufgabe, die den nationalen Ordnungsrahmen genauso wie die Außenwirtschaftspolitik bestimmt. Politische Kräfte, die eine demokratische Legitimierung

umgehen oder den Rechtsstaat erpressen wollen – Extinction Rebellion, Ende Gelände, Letzte Generation, Fridays for Future etc. – gefährden die entscheidenden Mechanismen für Zukunftsfähigkeit. Auch die Medien und die gewählten Volksvertreter sind gefordert, das demokratisch gefestigte öffentliche Bewusstsein zu achten, anstatt denen, die am lautesten schreien, unverhältnismäßig Raum einzuräumen. In der Wirtschaftspolitik als Ordnungspolitik hat weder bloße Gesinnung noch Populismus etwas zu suchen. Wer Wirtschaftspolitik nicht als Verantwortungsethik und Wirtschaften nicht als Kern allen Daseins versteht, kann keine Zukunft schaffen. Mehr aus weniger muss erwirtschaftet werden.

Unerlässlich ist die Flankierung der unternehmerischen Umsetzung durch die öffentliche Forschung und Entwicklung. Das gilt sowohl für

wissenschaftliche Grundlagen, die unter Rentabilitätsbedingungen nicht immer ausreichend freisinnig verfolgt werden können, als auch für den Transfer von Erkenntnissen aus Universitäten, Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Unternehmen und Start-Ups. Staatliche Forschung und Wirtschaft sind bei entsprechender Verzahnung ein sich gegenseitig befruchtender Lösungsmotor für die gesellschaftlichen Herausforderungen.

POWERPLAY

Ohne Energie kann man nichts schaffen. Der nach wie vor gut ausgeprägte Industriestandort Deutschland hängt unmittelbar von der Verfügbarkeit bezahlbarer Energie ab. Regionale Produktion ist nicht nur ökonomisch und sozial erstrebenswert, sondern meistens auch ökologisch sinnvoll. Eine Energiewende zu regenerativen Energieträgern, die zugleich die Produktionskapazitäten ins Ausland drängt, ist nicht nachhaltig.

Die Internalisierung der Energiewende muss daher über Anreize und nicht über bloße Verteuerung von Energie erfolgen. Regelungen wie die ehemalige EEG-Umlage auch auf regenerativ selbst produzierten und selbst verbrauchten Strom stehen beispielhaft für eine in diesem

Sinne vollkommen verfehlte Energiepolitik. Gerade Mittelständler, die vielfach aus eigenem Bewusstsein und gesellschaftlicher Verantwortung investiert haben, ohne dass das betriebswirtschaftlich rentabel gewesen wäre, wurden und werden dafür doppelt bestraft.

Dazu kommt eine chaotische Förderlandschaft, die naturgemäß einerseits Absahner und andererseits Großunternehmen mit spezialisierten Abteilungen bevorteilt. Wer seine Energieeffizienz überdurchschnittlich verbessert, muss möglichst automatisch besser gestellt sein, nicht derjenige, der sich am besten durch einen überbordenden bürokratischen Papierwust zu schlagen weiß. Für eine nachhaltige Zukunft brauchen wir gute Produzenten, Handwerker und Gewerbetreibende, nicht gute Antragsteller. Eine zukunftsorientiert klug agierende Staatsbürokratie kann die Förderung von nachhaltigen

Wirtschaftspraktiken nur als öffentliche Bring-schuld verstehen und nicht als Holschuld der Unternehmen.

KONKURRENZ BELEBT DAS GEMEINWOHL

Wettbewerb ist der ausschlaggebende soziale Faktor der Marktwirtschaft. Er verpflichtet die Unternehmen unmittelbar auf die herrschenden Bedürfnisse. Ohne Planwirtschaft versprechen nur Produkte, die Nutzen stiften, Erfolg. Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren und das Streben nach Effizienz, sind alle nötigen Wirkmechanismen, um die Herausforderungen der Zeit zu meistern. Die natürliche gegenseitige Kontrolle von Konkurrenten und der Erfolg der besseren Idee sind zudem natürliche Machtbegrenzer in der Marktwirtschaft.

Die Wettbewerbsordnung und das Kartellrecht als Instrumente gegen Wettbewerbsverzerrungen einerseits und die marktmäßige Internalisierung unserer Herausforderungen – z.B. CO₂-Zertifikate-Handel – sind die hohe Kunst der

Wirtschaftspolitik. Umgekehrt bergen Subventionen und Industrie- oder Strukturpolitik Anmaßungen von Wissen, die selten den besten Entwicklungsweg anstoßen.

Für jeden Wettbewerb gilt: Man nimmt nur teil, wenn es etwas zu gewinnen gibt und wenn die Spielregeln fair und übersichtlich sind und von einem Schiedsrichter kontrolliert werden. Wenn das sichergestellt ist, finden sich auch immer neue Ideengeber, die sich dem Wettbewerb stellen wollen. So entsteht Fortschritt.

ETWAS IN DIE WELT SCHAFFEN

Deutschland profitiert enorm vom freien Welt-handel und überall auf der Welt erzeugt die globale Arbeitsteilung mehr Wohlstand, weil erst durch Spezialisierung und komparative Kostenvorteile aufstrebende Volkswirtschaften überhaupt eine Chance haben mitzumischen – nicht als Almosenempfänger, sondern als souveräner und produktiver Teil eines Weltmarktes. Um komplexe moderne Produkte zu schaffen und effizient zu erzeugen, reichen die Kapazitäten eines Landes eigentlich nie alleine aus. Das ist oft keine Frage von machen wir's selbst oder nicht, sondern von: gibt's oder gibt's nicht.

Davon ausgenommen sind wohl überlegte nationale Sicherheitsreserven zur Vorbeugung im Krisenfall. Ansonsten aber wird die ganze Welt auch sicherer, wenn sie wohlhabender ist, weil

die beteiligten Staaten immer mehr zu verlieren haben. Eine offene Außenhandelspolitik ist also zugleich Wohlfahrts- und Sicherheitspolitik.

Über Handelsabkommen zwischen Staaten lassen sich außerdem zwanglos die Werte der Sozialen Marktwirtschaft weitertragen. In Vereinbarungen über ökologische, soziale und ordnungspolitische Standards können die Handelspartner auf Augenhöhe von Fall zu Fall entscheiden, welche Zugeständnisse sie für welche Gegenleistungen wechselseitig bereit sind einzugehen. So entstehen länderübergreifend nachhaltige Normen aus Konsens, ohne dass sich jemand ein Werturteil über souveräne Gesellschaften anmaßen muss. Ganz im Gegensatz zu den von Deutschland und der EU auf den Weg gebrachten Lieferkettengesetzen mit dem Impetus, dass am europäischen Wesen die Welt genesen soll.

VIEL GEWINNT!

Wo Gewinn ist, wurde Mehrwert und Nutzen geschaffen. Nur wer produktiv Bedürfnisse befriedigt, macht Gewinn. Nur in profitablen Unternehmen sind die Arbeitsplätze und investierten Vermögen sicher. Gewinne bedeuten Potenziale für Innovationen, Investitionen und Krisensicherung. Die Vorstellung eines schädlichen Übergewinns ist absurd, wenn der marktwirtschaftliche Wettbewerb gewahrt ist. Alle wesentlichen Staatseinnahmen hängen davon ab, dass Unternehmen erfolgreich wirtschaften; alle öffentlichen Zukunftsfonds – wie Sicherheit, Energiewende oder sozialer Ausgleich – bauen darauf.

Wirtschaftspolitik kann keine Gewinne schaffen, aber sie bestimmt vielfältig über den Erfolg von Unternehmen mit: Infrastruktur, Bürokratie,

Steuern, Mindestlöhne und Preisdeckel, Subventionen uvm. Es macht einen Unterschied, ob sich die Unternehmensgewinne trotz oder wegen der Politik zu Wachstum und Fortschritt aufsummieren.

INFLATION IM GRIFF HABEN

Ohne Wertstabilität des Tauschmittels Geld ist Marktwirtschaft unvorstellbar. Deswegen darf die Geldpolitik nie anderen Zielen untergeordnet werden. Die an Staatsverschuldungen und Konjunktur orientierte Europäische Zentralbank spielt schon lange mit dem Feuer. Damit nimmt die EZB billigend in Kauf, dass erwirtschaftete Werte und Geschäftsmodelle ohne strukturellen Grund zerstört werden. Mehr noch: Kommt eine Lohn-Preis-Spirale in Gang, droht nachhaltige Rezession, die schnell den gesellschaftlichen Frieden bedrohen kann und regelmäßig radikale, antidemokratische Kräfte stärkt. Überfrachtete Geldpolitik ist Anti-Wirtschaftspolitik.

Umgekehrt muss die nationale Wirtschaftspolitik beachten, dass Subventionen und markt-

wirksame Verordnungen (z.B. Gebäudeenergiegesetz) die Nachfrage anheizen und damit häufig Inflationstendenzen bestärken. Bei Lohneffekten aufgrund Inflation wächst die steuerliche Belastung der Erwerbseinkommen durch kalte Progression. Wenn das nicht ausgeglichen wird, schwindet die Leistungsgerechtigkeit und damit unweigerlich die Leistungsbereitschaft insbesondere im gesellschaftlichen Mittelstand. Nachdem aber just darauf die gesamte Volkswirtschaft baut, wird mit der kalten Progression schnell die Zukunft verspielt.

KAMPF GEGEN ARBEITERLOSIGKEIT

Unternehmertum und abhängige Beschäftigung sind zwei Seiten der Medaille einer arbeitsteiligen Wertschöpfung. Auf dem Wohlstandspfad der Marktwirtschaft werden marktgerecht entlohnte Arbeitsplätze geschaffen – die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und die Reallöhne sind in der Vergangenheit stetig gestiegen.

Arbeitskräfte schaffen, das kann die Marktwirtschaft aber nicht. Dafür sind die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen entscheidend – Bildung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Erreichbarkeit der Betriebsstätten, Leistungsbereitschaft der Bürger, Anspruchshaltungen, Steuer- und Abgabenlast der Erwerbseinkommen etc.

Angesichts der unausweichlichen Konsequenzen der demografischen Entwicklung ist hier eine für die Wirtschaft entscheidende politische Aufgabe. Die Befähigung zur eigenverantwortlichen Versorgung und Vorsorge der Bevölkerung ist originäre Wirtschaftspolitik.

Die offensichtliche Konkurrenz zwischen beruflicher und akademischer Ausbildung muss thematisiert werden. Mehr Studienplätze spiegeln sich regelmäßig im wachsenden Mangel an Facharbeitern. Dabei steht außer Frage, dass auch in verschiedenen akademischen Schienen Absolventen fehlen (z.B. Ingenieure, Ärzte und Informatiker). Was fehlt, ist eine am Gemeinwohl orientierte Bildungspolitik, die Anreize für bedarfsgerechte Karrieren setzt. Wenn Knappheit herrscht, müssen unweigerlich Prioritäten gesetzt werden. Dann muss man vielleicht in Soziologie, Politikwissenschaften und Gender-Studies selbst fürs Studium zahlen.

Auch die gezielte, bedarfsorientierte Zuwanderung und Einbürgerung sowie entsprechende Anlauf- und Fortbildungsstellen in den Herkunftsländern gehören zu einer zeitgemäßen Arbeitsmarktpolitik. Genauso wie das Unterbinden unkontrollierter Migration. Die Investition in Qualifikationen muss attraktiver sein, als das Bezahlen von Schleppern. Jeder sollte weltweit die Chance haben, zu uns zu kommen, und wird, wenn möglich, sogar vor Ort dahingehend unterstützt (z.B. mit Deutschkursen oder Nachqualifikationen, um unseren Standards zu entsprechen).

EIGENVERANTWORTUNG FIRST

Inhabergeführte Unternehmen, Familienunternehmen, Selbständige und Mittelständler verstehen ihre Verantwortung fast ausnahmslos über das eigentliche Geschäft hinaus. Allen voran steht die Verantwortung für die Mitarbeiter und ihre Familien und deren langfristige Zukunftssicherung. Aber auch das regionale Umfeld, gesellschaftliche und kulturelle Initiativen sowie solidarische Verpflichtungen sind selbstverständlich Verantwortungsperspektiven des freisinnigen, unternehmerischen Ethos. Das funktioniert, weil es der freiheitlichen Logik entspricht, nicht aufgrund staatlichen Zwangs.

Nur weil Menschen bereit sind, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen, heißt das noch lange nicht, dass man sie dafür auch in die ge-

setzliche Pflicht nehmen kann. Die gesellschaftliche Hauptaufgabe des Unternehmers ist und bleibt die effiziente Bedürfnisbefriedigung. Der Staat hat die Verantwortung, den freien Markt dafür in einem nachhaltigen, solidarischen Ordnungsrahmen zu gewährleisten.

Andernfalls droht eine Gesellschaft von einerseits Anspruchsberechtigten und andererseits Erfüllungsverpflichteten. Auf beiden Seiten wird dabei mehr und mehr die Eigeninitiative unterdrückt und damit der entscheidende Faktor, um gesellschaftlichen Herausforderungen begegnen zu können.

Jede Sozialpolitik ist damit auch immer Wirtschaftspolitik. Anspruchsrechte erzeugen Anspruchsdenken. Dabei geht leicht verloren, dass für jeden Anspruch immer jemand etwas leisten muss. Schlimmer noch: Es schwindet die Idee und sogar die Fähigkeit, wie man gegebenenfalls selber beitragen könnte.

Solidarität in einem Gemeinwesen setzt aber die Selbstverpflichtung des Einzelnen voraus, dem Staat nach bestem Wissen und Gewissen wenig zur Last zu fallen. Politische Pflicht ist es dementsprechend, alle möglichst gut zu befähigen, für sich selbst zu sorgen und darüber hinaus Beiträge für Bedürftige zu schaffen. Der Staat muss den Raum für private Verantwortung ermöglichen. Erst wenn der Einzelne dabei versagt, setzt die Rückversicherung des Staates, das heißt aller Mitbürger, ein. Wenn man es aus dieser Perspektive betrachtet, dass unser Gemeinwesen auf der Eigenverantwortung seiner Teilhaber gründet, erscheint so etwas wie ein bedingungsloses Grundeinkommen oder ein Grunderbe, aber auch Sozialtransfers ohne Bedürftigkeit und Sozialmissbrauch ohne Sanktionsdrohung geradezu absurd.

Subsidiarität – die Idee, jedem die Verantwortung selbst zu überlassen, die er auch tragen

kann – ist genauso ein evolutionäres wie kulturelles Erfolgskonzept der menschlichen Entwicklung. Damit sich das auch weiterhin nutzenbringend entfalten kann, muss es in den öffentlichen Institutionen verinnerlicht sein. Staatliches Handeln darf sich daher nicht hinter Vorschriften und kaskadierenden Schuldzuweisungen zwischen den Instanzen verschanzen und damit den Bürger zum Bittsteller degradieren. Staatliche Verantwortung heißt nicht Anträge zu prüfen, sondern Vorhaben zu ermöglichen.

MEHR VERMÖGEN STATT VERMÖGENSTEUER

Die unternehmerische Investition und Risikobereitschaft ist die Grundvoraussetzung für Marktwirtschaft. Auch wenn Freiheit, Selbstverwirklichung und Innovation meist die entscheidenden Triebfedern dafür sind, bleiben doch Gewinnaussichten und die Chance zur Vermögensbildung notwendige Bedingungen. Marktwirtschaft funktioniert nur, wenn das Eigentumsrecht gewährleistet ist.

So lange Eigentum nicht nur in Drachenhorten versteckt wird, sondern produktiv investiert ist – und das ist in allen marktwirtschaftlichen Staaten der logische Fall – profitiert immer die ganze Gesellschaft davon: durch nutzenstiftende Produkte, durch Steuern, die auf den Gewinnen aus den Investitionen gründen, durch

Arbeitsplätze, durch Immobilien und Infrastruktur.

Alle Anfechtungen des Eigentums – von Substanzsteuern bis zu Fantasien der Enteignung von Wohnungsbauunternehmen – schmälern unweigerlich das Gemeinwohl. Mehrwertloser Kasinokapitalismus auf den Finanzmärkten konkurrenziert das allerdings, wenn auch nur in nachrangigem Umfang. Die Regulierung der Finanzmärkte gehört nichtsdestoweniger zu einer Wirtschaftspolitik des produktiven Eigentumschutzes.

BODENHAFTUNG BEWAHREN

Unter den Eigentumsarten spielt Grund und Boden schon immer eine besondere Rolle. Knappheit gepaart mit begrenzter Substituierbarkeit ist da genauso ausschlaggebend wie die emotionale Bindung zur „Heimaterde“. Auch wenn die kollektivistischen Ideen der Vergangenheit – von der Allmende bis zum Volkseigentum – durchweg erfolglos und für Gemeinschaft und Umwelt oft ein Desaster waren, sind heute starke politische Kräfte darauf gerichtet, das private Eigentum an Grund und Boden zu denunzieren und gesetzlich zu unterminieren.

Mit Ausnahme einzelner Initiativen wie „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ steht das verfassungsgemäß garantierte Eigentumsrecht zwar nicht unmittelbar zur Disposition, aber es

werden die Nutzungsmöglichkeiten und wirtschaftlichen Verwertungsmöglichkeiten stark eingeschränkt. Die Forderung nach bezahlbarem Wohnraum scheitert etwa heute oft weniger an der Bereitschaft von Häuslebauern und Immobilienträgern, sondern an überbordenden öffentlichen Auflagen und Verfahren, welche die Kosten von Bauwerken in die Höhe treiben. Die ebenfalls staatlich mit angefachte Sonderinflation im Bauhandwerk erledigt dann den Rest.

Die Internalisierung öffentlicher Zielvorgaben in die privatwirtschaftliche Nutzung von Grund und Boden stößt an Grenzen der Verhältnismäßigkeit. Überzogene Bestimmungen im Baurecht, Bauplanungsrecht, Umwelt- und Klimaschutzauflagen uvm. bremsen oder verhindern, dass sich mittelständische Strukturen ausbreiten. Dort, wo mittelständische Anbieter gegeben sind, finden sich viel eher bedarfsgerechte Immobilienentwicklungen zu fairen Preisen,

weil im Mittelstand ein starkes Bewusstsein für die wechselseitige Abhängigkeit von Mieter und Vermieter herrscht. Um dem wieder mehr Geltung zu verschaffen, müssen in den herrschenden Regelungsdschungel ganze Schneisen geschlagen werden.

Im wahrsten Sinne des Wortes seit Menschengedenken bedeutet die private Verantwortung für Grund und Boden Bewahrung und Aufwertung. Die eigene und mittelständische Nutzung von Grund und Boden ist geprägt von Nachhaltigkeit nach jeweils bestem Wissen und Gewissen. Eine kluge zukunftssträchtige Politik belohnt just diese gemeinwohlfreundliche Eigenverantwortung anstatt mit der Anmaßung der Weltrettung jeden Eigentümer kleinklein zu gängeln.

DER STAAT ALS DIGITALER VORREITER

In der Digitalisierung von Prozessen und Produkten stecken offensichtlich enorme Wohlfahrtspotenziale. Das geht jedoch nicht ohne digitale Infrastruktur und nicht ohne ein digitales Bewusstsein, das alle gesellschaftlichen Bereiche durchwirkt. Eine digitalisierte Bürokratie ist unerlässliche Voraussetzung für die unternehmerische Digitalisierung, sonst stoßen betriebliche Fortschritte immer an die analogen Grenzen der öffentlichen Verwaltung. Gesetze und öffentliche Vorgaben müssen digital vorausschauend gestaltet sein, dann finden die Unternehmen auch effiziente digitale Umsetzungen.

Der Staat hat es also an vielen Stellen in der Hand, Triebfeder oder Bremsklotz der digitalen Zukunft zu sein. Das darf keine Frage der Bereitschaft der öffentlichen Hand sein, sondern

ZEIT FÜR DIE PRAKTISCHE VERNUNFT DES MITTELSTANDES
40__

muss auf allen Ebenen als strategische Pflichtaufgabe definiert werden.

DER AMTSWEG IST NICHT DAS ZIEL

Der Umgang zwischen Unternehmen und Staat muss machbar sein. Jede bürokratische Last vermindert den Nutzen, den eine Unternehmung schaffen kann, und die Effizienz. Unternehmertum muss auch ohne große Rechtsabteilung oder Heerscharen von Beratern möglich sein. Davon entfernen wir uns beinahe täglich weiter.

Ein genauso ausuferndes wie verkrustetes Arbeitsrecht macht den Arbeitgeber rechtlos, die Vertragsfreiheit zur Makulatur und verhindert neue Arbeitsweisen, die Bonpflicht ist nichts anderes als ein ehrwürdiger Generalverdacht ohne Beweisgrundlage, öffentliche Vergabeverfahren benachteiligen innovative Startups, die Datenschutzgrundverordnung ist für viele kleine Betriebe faktisch undurchführbar, Mindestlohn,

Künstlersozialkasse oder Drittschuldnerhaftungbürden dem Unternehmer gesellschaftliche solidarische Pflichten auf, das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz nimmt die Wirtschaft gleich für alles scheinbare Übel dieser Welt in die Verantwortung, die Vorfälligkeit der Sozialabgaben ist unverzinsten Zwangsstaatsfinanzierung, der Arbeitsschutz treibt absurde Blüten wie Tageslicht in Toiletten, beheizte Abstellräume und Sorgfaltspflichten des Arbeitgebers für den Arbeitsplatz im Home Office usw. Diese Liste kann jeder Unternehmer abendfüllend fortsetzen.

Ohne Eigenverantwortung verkommt die Marktwirtschaft zur paternalistischen Planwirtschaft. Wenn Wirtschaftspolitik jetzt nicht bald mit echter Entbürokratisierung anfängt, werden absehbar nur Konzerne übrig bleiben, die mit ihrer Rechtsexpertise dem Staat ohnehin oft eine Nasenlänge voraus sind.

AM MARKT BLEIBEN

Der freie Wettbewerb schafft die optimale Allokation von Ressourcen und bedarfsgerechte Distribution der Produkte. Manchmal ist aber gegebenenfalls ineffizientes Wirtschaften gesellschaftlich erwünscht, weil andere öffentliche Nutzenwerte nicht so leicht in Märkte internalisiert werden können: z.B. kleinteilige bäuerliche Landwirtschaft, die neben der Produktion von Agrarprodukten auch die Landschaft prägt, oder stationärer Einzelhandel, der städtische Lebensräume mitgestaltet, oder Güter der Daseinsvorsorge (wie Trinkwasser), die demokratisch in unmittelbarer öffentlicher Verantwortung verstanden werden.

Es ist auch eine der vornehmsten Aufgaben des demokratischen Staates, den Boden zu ordnen, zu sagen, was öffentlich und was privat sein

soll. Darüber hinaus ist es die Kunst der Wirtschaftspolitik, die notwendigen Marktbeschränkungen minimalinvasiv zu gestalten.

WIR WOLLEN! LASST UNS!

Der Mittelstand in Deutschland war und ist bereit, Verantwortung zu übernehmen. Für bedürfnisgerechte Wertschöpfung genauso wie für die gedeihliche soziale und ökologische Entwicklung unserer Gesellschaft. Gemeinwohl ist Quelle und Ziel der Sozialen Marktwirtschaft und das ist fest im Bewusstsein der mittelständischen Unternehmen verankert.

In diesem Sinne sind WIR EIGENTÜMERUNTERNEHMER stets bereit, politisch mitzugestalten und die Politik mit unseren Erfahrungen zu unterstützen. Wir sind offen für den Dialog mit Politikern, Verwaltungen, Medien und Interessenvertretungen: Zukunftsträchtige Entwicklung kann nur durch Auseinandersetzung entstehen. Wir

ZEIT FÜR DIE PRAKTISCHE VERNUNFT DES MITTELSTANDES
46__

sind bereit die praktische Vernunft des Mittelstandes in den demokratischen Diskurs einzubringen. Für Wohlstand für alle überall.

WIR EIGENTÜMERUNTERNEHMER

Unter dem Dach der WIR EIGENTÜMERUNTERNEHMER haben sich verschiedene Verbände des deutschen Mittelstandes zusammengeschlossen. Eine zeitgemäße Form der Zusammenarbeit: Synergien nutzen – Kräfte und Stärken bündeln – mit einer Stimme sprechen – gemeinsam Ziele verwirklichen.

Die Anliegen unserer ca. 30.000 Mitglieder bzw. der deutschen mittelständischen Unternehmen können wir so noch besser vertreten. Derzeit gehören zur Verbandsgruppe:

Bundesverband Deutscher Mittelstand e.V. –
BM

Union Mittelständischer Unternehmen e.V. –
UMU

Europäisches Wirtschaftsforum e.V. – EWiF

Darüber hinaus kooperieren wir in einem Netzwerk eng mit einer Reihe weiterer Verbände des deutschen und europäischen Mittelstandes und der Freiberufler. Unsere gemeinsamen Initiativen gewinnen dadurch an fachlicher Präzision, und in den Gesprächen mit den Vertretern der Politik, aus den Landtagen, dem Bundestag und dem Europäischen Parlament an Durchschlagskraft.

Auf die kleinen und mittleren Unternehmen, die mit 99,3 Prozent die Mehrheit aller Unternehmen in Deutschland darstellen, entfielen in 2020 ca. 33 Prozent aller Umsätze von Unternehmen in unserem Land, sie steuern mehr als 60 Prozent zur gesamten Nettowertschöpfung aller Betriebe bei und bei ihnen arbeiten mehr als 19 Millionen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, das sind über 54 Prozent aller abhängig Beschäftigten. Und 71 Prozent aller Auszubildenden lernen

ihren Beruf in Betrieben des Mittelstands (Zahlen: IfM Bonn, 2022). Sie sind damit das Rückgrat der deutschen Wirtschaft.

© WIR EIGENTÜMERUNTERNEHMER 2022

Verfasst vom Arbeitskreis *Wirtschaft & Politik*
der Verbandsgruppe
unter der Leitung von Gerd Maas

WIR EIGENTÜMERUNTERNEHMER

Edelsbergstraße 8

80686 München

vertreten durch Geschäftsführer Johann Stigler

Telefon +49 (0) 89-570 07-0

Mail info@wir-eigentuemerunternehmer.de

www.wir-eigentuemerunternehmer.de



WIR
EIGENTÜMERUNTERNEHMER